

Herzog nennt Scheitern der Staatsreform unverständlich

In vielen Bereichen war bereits Einigung erzielt – Zankapfel Bildungspolitik

Berlin – Der frühere Bundespräsident Roman Herzog hat das Scheitern der Staatsreform als „unverständlich und auch nicht zu verantworten“ kritisiert. Das Scheitern müsse den Anfang für einen neuen Anlauf bedeuten, sagte er als Vorsitzender des Konvents für Deutschland. „Die Federalismusreform ist zu einer Lebensfrage der Republik geworden“.

Es war der Streit um die Bildungspolitik, an dem die Arbeit der Federalismuskommision gescheitert ist. Abgesehen von diesem DisSENS gab es allerdings bereits weitgehende Einigkeit in etlichen Bereichen.

Gesetzgebung

Zwar sollte weiterhin jedes vom Bundestag verabschiedete Gesetz durch den Bundesrat gehen, doch die Zustimmungsrechte der Länderkammer sollten eingeschränkt werden. Bisher gilt, daß ein Gesetz unabhängig vom Inhalt zustimmungspflichtig ist, sofern es in die Verwaltungshoheit der Länder eingreift. Künftig sollten sie die Ver-

waltungsverfahren selbst regeln können, dafür würde dann aber das Zustimmungsrecht entfallen. Auf diese Weise wäre die Zahl der bisher zustimmungspflichtigen Gesetze von 60 auf etwa 40 Prozent verringert worden.

Beamte

Wie bereits in der Zeit bis in die 60er Jahre sollten Bund und Länder wieder für Besoldung, Versorgung und Laufbahnregelung ihrer jeweiligen Beamten selbst zuständig sein. Nur die Fragen von Statusrechten sollten noch bundeseinheitlich festgelegt werden. Da die Etatmittel der Länder zu einem großen Teil durch Personalausgaben, vor allem auch Pensionen, gebunden sind, hätte eine solche Entflechtung zu Unterschieden zwischen den Ländern und in der Konsequenz zu einem Wettbewerb geführt.

Kompetenzen

Als künftig reine Ländersache waren unter anderem das Versammlungsrecht, der Strafvollzug, der soziale Wohnungsbau, Ladenschluß,

Siedlungs- und Heimstattenwesen, Lärmschutz, Gaststätten- und Presserecht vorgesehen. Reines Bundesrecht wäre beispielsweise das Atomrecht geworden. Die Länder waren bereit, in vielen konkurrierenden Bereichen auf ihre Möglichkeit zu verzichten, die Bundeszuständigkeit beim Bundesverfassungsgericht klären zu lassen.

Kosten

In jenen Fällen, in denen ein Bundesgesetz den Ländern „Pflichten zur Erbringung von Geldleistungen oder geldwerten Sachleistungen gegenüber Dritten“ auferlegte, sollte der Bundesrat ein Ablehnungsrecht erhalten. Aufgrund einer solchen Sicherheitsklausel wäre der Bund gezwungen gewesen, sich mit den Kostenfolgen seiner Gesetze auseinanderzusetzen. Geplant war außerdem, daß der Bund den Kommunen keine Aufgaben mehr übertragen dürfte.

Finanzen

Auch wenn es nicht gelang, alle Arten der Mischfinanzierung ab-

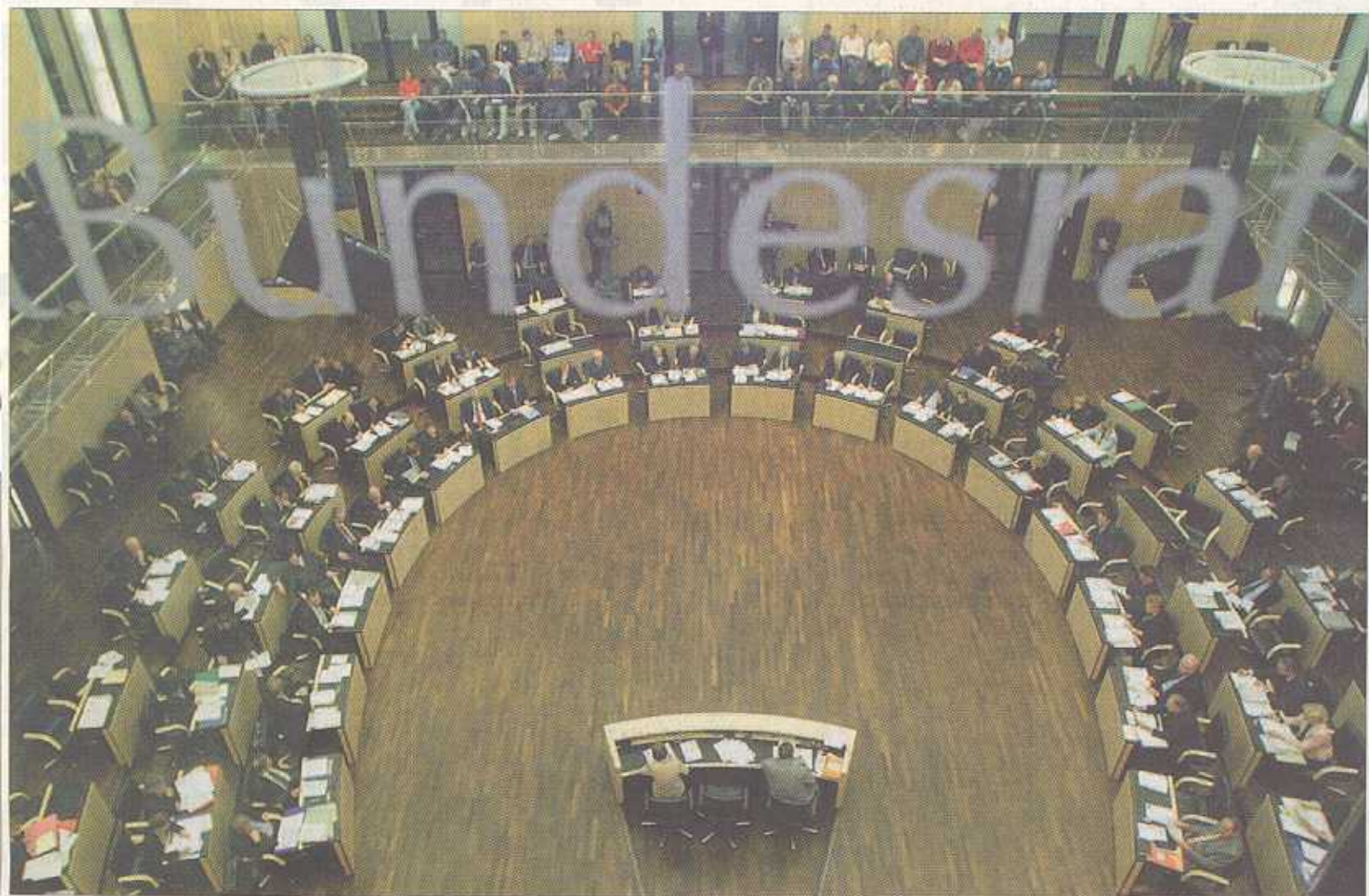
zuschaffen, sollte doch eine transparentere Regelung der Finanzhilfen des Bundes an die Länder mit mehr Kontrollmöglichkeiten geschaffen werden. Einigkeit bestand auch über einen kleinen Steuertausch: Die Kfz-Steuer sollte an den Bund gehen, die Versicherungssteuer an die Länder.

Europa

Das Resultat für einen nationalen Stabilitätspakt sah vor, daß sich die Länder an möglichen Strafzahlungen des Bundes an die EU zu einem Drittel hätten beteiligen müssen. Auch jene wären herangezogen worden, die die Haushaltskriterien erfüllten.

Umwelt

Auch bei diesem Thema bahnte sich eine Lösung an. Der Bund hätte die Zuständigkeit für das bislang aufgesplittete Umweltrecht bekommen, was es einfacher gemacht hätte, EU-Vorgaben umzusetzen. Die Länder hätten allerdings auf einigen Gebieten von Bundesgesetzen abweichen dürfen. BM



Der Bundesrat wird vorerst weiter über rund 60 Prozent der Gesetze mitbestimmen